

Neue Sachbücher

Einübung des kulturellen Möglichkeitssinns

Heute findet sich die Menschheit mit der Monokultur ab. Sie schiebt sich an, die Zivilisation in Massen zu erzeugen wie die Zuckerrüben. Sie werden bald ihre einzige Kost sein.“ So steht es in den „Traurigen Tropen“ von Claude Lévi-Strauss, in denen der Ethnologe *contre cœur* als Sendbote genau dieser Monokultur auftritt, der er doch durch seine erträumte Begegnung mit einer anderen, vermeintlich ursprünglichen Gesellschaft im brasilianischen Urwald hatte entgegen wollen. An diesem Grundmotiv der ethnologischen Ernüchterung, mit dem Lévi-Strauss 1954 einem großen Publikum bekannt wurde, änderten auch seine späteren Arbeiten nichts. Was immer aus den strukturalen Analysen von Verwandtschaftssystemen, Erzählungen und Praktiken über die Arbeit der Kultur und ihr Verhältnis zum vermeintlich bloß Natürlichen zu lernen war – an der Diagnose der voranschreitenden Homogenisierung im globalen Maßstab änderte das nichts. Die Ethnologie erinnerte zwar an andere Möglichkeiten kultureller Organisation, aber konkret ergreifen ließen sich diese Varianten so wenig wie das ganz andere bei den Tupi-Kawahib.

Deshalb merkt man beim Titel des nun postum erschienenen Bändchens von Lévi-Strauss gleich auf. Denn die drei bisher unveröffentlichten Vorträge, gehalten 1986 in Japan, handeln von der „Ethnologie angesichts der Probleme der modernen Welt“. Sollte die Ethnologie für Lévi-Strauss also jenseits von grundsätzlicher Ernüchterung und strukturaler Feinarbeit tatsächlich konkrete Wege aufzeigen, mit Schwierigkeiten unserer eigenen Welt fertig zu werden?

Die Antwort auf diese Frage fällt nicht ganz eindeutig aus. Zuerst treibt Lévi-Strauss seinen Zuhörern die Vorstellung aus, dass man es bei den Gesellschaften, die Ethnologen vor allem interessieren – klein, ohne Schrift und elaborierte mechanische Künste – mit auf der Strecke gebliebenen Verlierern zu tun habe: Denn schließlich lösen sie nicht nur die unveränderlichen sozialen Grundaufgaben, sie tun es sogar auf eine robuste Weise, wie sie größeren Gesellschaften notgedrungen abhandenkommt.

Weshalb sich an ihnen die Grundfunktion memorieren lässt, dass unsere eigenen Varianten der sozialen Ordnung weder „natürlich“ noch alleinigmachend sind. Doch neben dieses grundlegenden Bescheidungsmodell stellt Lévi-Strauss auch einen ins Detail gehenden Vergleich, und zwar in Sachen Reproduktionsmedizin. Deren Techniken – von künstlicher Befruchtung über Eispenden bis zu Leihmüttern – bringen biologische und soziale Kategorien von Elternschaft auf eine Weise über Kreuz, die den Gesetzgebern in westlichen Gesellschaften einiges Kopfzerbrechen bereite. Kleine Gesellschaften finden hingegen ohne avancierte technische Mittel im Effekt durchaus vergleichbare Lösungen für die Umgehung von Unfruchtbarkeit, die solche Probleme gar nicht erst aufkommen lassen, weil in ihnen die soziale Zuordnung strikt Vorrang vor der biologischen hat.

Lässt sich daraus aber wirklich etwas für unseren Umgang mit diesen Fragen lernen, wie Lévi-Strauss es anvisiert? Nicht leicht jedenfalls, denn wir müssten



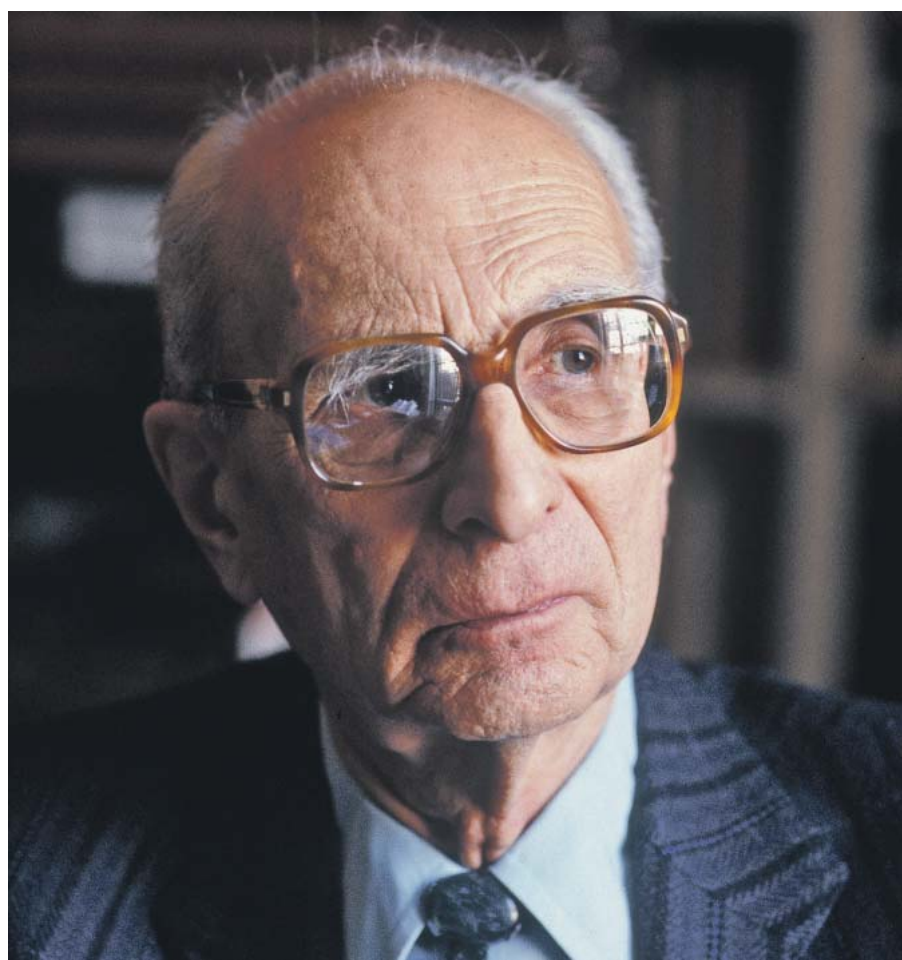
Claude Lévi-Strauss: „L'autre face aux problèmes du monde moderne“.

Editions du Seuil, Paris 2011. 148 S., br., 14,50 €.

Über Lektionen kleiner Gesellschaften für die westliche Welt und den japanischen Sonderweg in die Moderne: Zwei Bände mit Texten des vor einhalb Jahren verstorbenen Claude Lévi-Strauss führen ins Zentrum seiner ethnologisch gefassten Kulturkritik.

dazu eine mittlerweile mit „biologischen“ Elementen und Praktiken dicht durchsetzte Weltsicht revidieren; und können auch unmöglich die absolute soziale Bedeutung von Verwandtschaftsbeziehungen simulieren, die in den kleinen Gesellschaften nun einmal den Hintergrund der Verfahren zur Nachwuchssicherung auf Umwegen abgibt.

So läuft es doch eher auf das schon angeschlagene Grundmotiv hinaus, den eigenen sozialen Organisationsformen im Spiegel der vom Ethnologen skizzierten Gesellschaften den Anschein ihrer Natur-



Varianten unserer kulturellen Natur im Blick: Claude Lévi-Strauss, 1986 Foto Ullstein

lichkeit zu nehmen. Die Botschaft ist: Es geht prinzipiell auch anders. Sie hielt Lévi-Strauss für entscheidend in Zeitläuften, in denen die westlichen Gesellschaften für ihn bereits ihr eigenes normatives Modell verloren hatten und in sich nichts mehr finden, aus dem sie neuen Antrieb gewinnen könnten.

Auf der Spur dieser entschiedenen Diagnose einer erschöpften Moderne kehrt Lévi-Strauss auch zur drohenden Monokultur zurück, die er schon dreißig Jahre zuvor in Aussicht gestellt hatte: Denn so wie die Menschheit im globalen Kapitalismus dabei sei, das genetische Reservoir ihrer Subsistenz zu vernichten, so lösche sie mit den verschwindenden kleinen Gesellschaften das kulturelle Reservoir, die Varianten kultureller Grundfiguren, auf die sie für Problemlösungen zurückgreifen könnte. Und wie immer man diese Möglichkeit und die hinter ihr stehende Diagnose einschätzt: Bündiger kann man den so bestimmten Einsatz einer ethnologischen Kulturkritik nicht verhandeln, als es Lévi-Strauss in diesen Vorträgen tut. Ein schmales Bändchen, aber von Bedeutung für das Profil eines großen Autors. HELMUT MAYER

Vom Zauber Japans für den Blick aus der Ferne

Im Westen kluft ein tiefer Graben zwischen der Mythologie und der Geschichte“, sagte Claude Lévi-Strauss in Kyoto; es war seine fünfte Reise nach Japan, relativ spät – 1977 – hatte er das Land erstmals besucht: „In Japan hingegen fühlt man eine intime Familiarität mit beiden, und sie macht den packenden Charme dieser Zivilisation aus.“ Wie viel sie dem Forscher bedrohter Völker und ihrer Mythen bedeutete, war seinen Gastgebern klar. Das Thema, das sie ihm stellten, war eine Falle: „Der Platz der japanischen Kultur in der Welt“. Die Unmöglichkeit einer

se nach Israel: „Der Berg Kirishima, von dem Ninigi-no-Mikoto herunterstieg, und die Grotte, in der sich Ohirume versteckten, haben mich stärker ergriffen als der mutmaßliche Standort von Davids Tempel, die Grotte von Bethlehem, das Grab von Lazarus.“

Die Rede in Kyoto wurde damals in der „Revue d'esthétique“ gedruckt und jetzt zusammen mit anderen unveröffentlichten oder kaum zugänglichen Texten über Japan in einem Band zusammengefasst. Die Sammlung macht die Sonderstellung deutlich, die Japan im Werk und im Empfinden von Lévi-Strauss einnimmt und seine methodologischen Prinzipien zu demotiviert droht: Der fremde Blick ist keineswegs weniger ergiebig als die Sicht des Eingeborenen. Und markanter könnte eine Bestandaufnahme über „Japan in der Welt“ gar nicht ausfallen.

„Vor bald einem halben Jahrhundert“, schreibt er 2001 im Vorwort zu einer neuen japanischen Ausgabe der „Traurigen Tropen“, „habe ich in diesem Buch meiner Angst vor den zwei Gefahren für die Menschheit Ausdruck verliehen: dem Verlust der Wurzeln und der Übervölkerung. Zwischen der Treue zur Tradition und den wissenschaftlichen wie technischen Entwicklungen hat Japan als vielleicht einzige Nation der Welt ein Gleichgewicht gefunden. Die gesamte Menschheit findet hier ein Beispiel, das sie bedenken sollte.“

Dass das „Ende einer Epoche“ indes auch für Japan gekommen sein könnte, hat er mehrfach angedeutet. Im Interview mit dem Fernsehsender NHK sprach er vom „Ende der Epoche, in der es ein Gleichgewicht gab zwischen den Menschen und der Natur. Zwischen den Menschen und den neuen Gattungen. Der Mensch konnte sich nicht als Herr und Meister über die Schöpfung aufspielen, er wusste, dass er Teil von ihr ist, zusammen mit anderen, die er respektieren muss.“

Am Rande brachte Lévi-Strauss Themen ein, die seinen Zuhörern in Kyoto und vor dem Fernsehschirm nicht besonders gefallen konnten: Er lobte Korea und machte Anspielungen auf die Kolonialisierung durch Japan in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Und er rührte an ein Tabu: die Insularität und Homogenität der japanischen Zivilisation. Ohne jeden Zweifel, stellt er fest, hätten im Laufe der Jahrtausende die „Keime der Diversität“ Japan erreicht.

Die Texte dieser Sammlung entstanden in einer Zeit, da Claude Lévi-Strauss um die achtzig Jahre alt war und keineswegs der Erwartung huldigte, hundert zu werden. Sie enthalten ein trauriges Vermächtnis, das durch den Zeitpunkt ihrer Publikation, praktisch als Begleitprogramm zu Fukushima, eine beklemmende Aktualität erhält. Das Gleichgewicht ist wohl nicht nur im Blick von außen zerstört. Für die japanischen Leser müssen sie im Nachhinein und gebündelt in diesem Band wie eine Einstimmung in den Abschied klingen. Der Kulturpessimist Lévi-Strauss hatte allerdings noch einen anderen Horizont vor Augen: „Ein Atomkrieg könnte drei Viertel der Menschheit ausmerzen. Die Überlebenden würden Lebensbedingungen wie in den vom Aussterben bedrohten Gesellschaften vorfinden, die ich beschrieb.“ JÜRGE ALTWEGG



Claude Lévi-Strauss: „L'autre face de la lune“. Ecris sur le Japon.

Editions du Seuil, Paris 2011. 189 S., br., 17,50 €.

Briefe an die Herausgeber

Verhältnismäßig in Dresden

Zum Artikel „Tillich kritisiert Ermittlungsbehörden“ und zur Glosse „Störfall“ (F.A.Z. vom 25. Juni): Die Kritik des sächsischen Ministerpräsidenten und der Dresdener Staatsanwaltschaft daran, dass die Polizei bei der Funkzellenabfrage gesammelte Daten auch bei den Ermittlungen wegen möglicher Verstöße gegen das Versammlungsgesetz eingesetzt hat, lässt außer Acht, dass Bürger dieses Landes daran gehindert worden sind, ihr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung fundamentales Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auszuüben.

Das Bundesverfassungsgericht hat seit seiner Brokdorf-Entscheidung gerade diesem Grundrecht in seiner Rechtsprechung eine überragende Bedeutung beigemessen. Wenn in diesem Zusammenhang Straftaten begangen werden, wird dieses Grundrecht beeinträchtigt. Der ebenfalls verfassungsrechtlich verankerte Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wird hier beachtet, wenn das öffentliche Interesse daran, erhebliche Straftaten aufzuklären, höher zu bewerten ist als das gleichermaßen verfassungsrechtlich geschützte Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

Bei der Demonstration in Dresden ging es neben den möglichen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz um den

Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs, weil Müllcontainer angezündet, Polizisten mit Pflastersteinen beworfen wurden und ein alternatives Wohnprojekt gewaltsam angegriffen wurde. Auch steht der Vorwurf des versuchten Totschlags im Raum, weil ein Polizist von einem Eisenstieß am Helm getroffen wurde.

Das öffentliche Interesse daran, diesen schwerwiegenden Vorwürfen mit allen modernen Ermittlungsmethoden nachzugehen, ist höher zu bewerten als das Interesse an der unkontrollierten Nutzung von Handys. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die Funkzellenabfrage vorab richtiger genehmigt wurde, die Betroffenen im Nachhinein darüber informiert wurden und deshalb notfalls vor Gericht streiten können, dass ihre Daten wieder gelöscht werden, wenn sie mit den Vorwürfen nichts zu tun haben. Hier muss zudem berücksichtigt werden, dass nur die Verbindungsdaten, nicht jedoch Gesprächsinhalte aufgezeichnet worden sind. Auch leuchtet in diesem Zusammenhang nicht ein, dass Landtagsabgeordneten eine Sonderrolle bei der Aufzeichnung von Daten zugebilligt werden soll. Sie müssen sich vielmehr so behandeln lassen, wie die Bürgerinnen und Bürger, die sie gewählt haben.

KLAUS DEIBEL, MÜNSTER

Worüber kein Wort verloren wurde

Der Beitrag des deutschen und des russischen Außenministers in der F.A.Z. vom 22. Juni zum 70. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion ist ein Dokument nationalstaatlicher Partnerschaft und Zusammenarbeit. Es ist gut, sich die Kriegsgeschichte zu vergegenwärtigen und daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Der Beitrag ruft aber zwei Irritationen hervor durch das, was unerwähnt bleibt.

Zum einen: Der 22. Juni 1941 ist ein entscheidendes Datum. Denn an diesem Tag wurde der Krieg, den Deutschland am 1. September 1939 gegen Polen begonnen hatte und der allgemein als der Zweite Weltkrieg bezeichnet wird, auf die Sowjetunion ausgeweitet und hat dort unendliches Leid verursacht. Es berührt allerdings eigenartig, dass die beiden Außenminister kein Wort darüber verlieren, dass der „sinnlose und brutale Krieg“, von dem sie sprechen, nicht erst 1941, sondern bereits 1939 begann und dass sich dabei die verbrecherischen Führungen zweier Staaten, nämlich Deutschlands und der Sowjetunion, in einem geheimen Pakt darauf verständigten, das Nachbarland Polen aufzuteilen und zu besetzen. Schon dieser verbrecherische Pakt „brachte unendliches Leid und Qualen für Millionen von Menschen und kostete unzählige Opfer“.

Er führte auf deutscher Seite zum Anschluss der westlichen Gebiete Polens an Deutschland und zur Errichtung des deutschen Generalgouvernements in Zentralpolen, zur Vertreibung von fast einer halben Million Menschen aus den annektierten Gebieten in das Gouvernement, zu umfangreichen Mordaktionen, denen die polnische Intelligenz, Geistlichkeit, der Adel und Juden zum Opfer fielen, zur Deportation von rund zwei Millionen Men-

schen zur Zwangsarbeit und von einigen hunderttausenden Menschen in Konzentrationslagern und Gefängnissen.

Auf sowjetischer Seite führte der Pakt zur Annektierung Ostpolens durch die UdSSR, zur Verhaftung von rund 110 000 Personen, zur Ermordung von gut 22 000 Offizieren und Vertretern polnischer Eliten in Katyn und anderen Orten, zur Deportation von über 400 000 Menschen, Familien und Kindern, die durch Hunger und schwere Arbeit dezimiert wurden, und zur Rekrutierung von 150 000 jungen Männern aus Ostpolen zum Dienst in der Roten Armee; des Weiteren zum Winterkrieg gegen Finnland 1939/40 und der Annektierung von Karelien und weiteren Gebieten Finnlands sowie zur Einverleibung der baltischen Staaten in die UdSSR. Wer diese Vorgeschichte gänzlich ausblendet und auf die verheerenden Auswirkungen des deutsch-sowjetischen Paktes und anschließenden Kampfes zweier totalitärer Regime nicht eingeht, wie dies jahrzehntelang zur Staatsräson der Sowjetunion und auch noch Russlands gehörte, der kann leicht alles Misstrauen neu schüren.

Zum anderen: Ein vertrauensvolles Zusammenwirken von Deutschland und Russland in der Sicherheitspolitik ist zu begrüßen. Dass Deutschland hier jedoch als Teil der EU und Nato agiert und „andere Partner“ nicht erst dazukommen können, sofern sie die deutsch-russischen Zielsetzungen teilen, wie es im Beitrag der Außenminister heißt, sondern bereits konstitutiv Teil dieses Zusammenwirkens sind, sollte in einem solchen Text doch anklängen. Dann wäre der Beitrag ein Dokument einer europäisch und transatlantisch integrierten Partnerschaft von Deutschland und Russland geworden.

STEPHAN RAABE, WARSCHAU

Zunächst geht es um den vorhandenen Atom Müll

Zum Artikel „Die zauberhafte Entschärfung des Atom Mülls“ (F.A.Z., „Natur und Wissenschaft“ vom 22. Juni): Monika Etspüler und der F.A.Z.-Redaktion besten Dank, zur Verbreitung des Wissens über das Verfahren der Transmutation langlebiger Nuklide in kürzerlebige beigetragen zu haben. Auch wenn noch nicht unmittelbar großtechnisch nutzbar, eröffnet das Verfahren die Aussicht auf eine Entspannung der Endlagerungsproblematik.

Deutsche Institute der Helmholtz-Gemeinschaft sind in die europäischen Forschungen integriert und können maßgeblichen Einfluss auf die Weiterentwicklung nehmen. Wenn die Wissenschaftler, wie Frau Etspüler schreibt, die bereits zur Endlagerung eingeklasten Brennstäbe unbe-

handelt ihrer Endlagerung zuführen wollen, so fürchte ich um die Akzeptanz des Verfahrens, das den Betrieb eines speziellen Kernreaktors erfordert, in der breiten Öffentlichkeit unseres Landes.

Aus ethischen Gründen sollten doch besser alle Anstrengungen unternommen werden, das Problem der Endlagerung des bereits vorhandenen Abfalls zu entspannen, indem die Wissenschaftler ihre Forschung gezielt darauf richten. Nur so könnte ich mir die Billigung einer kerntechnischen Anlage über den Ausstiegstermin hinaus wenigstens in jenem Teil der Bevölkerung vorstellen, welcher rational noch ansprechbar und bereit ist, Verantwortung für die Zukunft zu tragen.

DR. UWE BRINKMANN, BOVDENEN

Grundlagen möchten auch angewandt sein

Michael Bürgi verfolgt die moderne Pharmaforschung auf ihrem Weg zwischen Hochschule und Industrie

1980 gab der Professor für Molekularbiologie an der Universität Zürich, Charles Weissmann, auf einer Pressekonferenz im Park Plaza Hotel in Boston bekannt, dass es der von ihm mitbegründeten Genfer Firma Biogen gelungen war, Interferon künstlich herzustellen. Weltweit überschlugen sich die Medien, diese wissenschaftliche Sensation zu vermelden. Allerdings mischten sich schon damals einige kritische Stimmen unter den Jubelchor, die die Verknüpfung von wissenschaftlichen und kommerziellen Interessen anmerkten. 1981 diskutierte das Committee on Genetic Experimentation des International Council of Scientific Unions auf einer Tagung in Rom nicht nur die bioethischen Aspekte der molekularbiologischen Forschung, sondern auch das Verhältnis von Hochschule und Industrie.

Einer der Teilnehmer forderte, dass Hochschulangehörige, die ein eigenes Unternehmen gründeten, die Universität verlassen müssten. Weissmann, der sich angesprochen fühlte, rechtfertigte sein Verbleiben an der Universität Zürich unter anderem damit, dass es in der Schweiz eine lange Tradition der engen Verzahnung von chemisch-pharmazeutischer Industrie und Hochschule gebe, von der beide profitierten. War dies nur eine Schutzbehauptung, oder hat es den fließenden Übergang zwischen universitärer und industrieller Forschung schon immer gegeben, zumindest in der Schweiz? Dieser

Frage geht nun eine neuere wissenschaftsgeschichtliche Untersuchung nach.

Am Beispiel der Gesellschaft für Chemische Industrie Basel (Ciba) und des Pharmaunternehmens Hoffmann-La Roche zeichnet Michael Bürgi die langfristigen Veränderungen in den Kooperationspraktiken zwischen chemischer und pharmazeutischer Industrie in der Schweiz und den eidgenössischen Hochschulen – insbesondere der ETH Zürich – nach, und zwar vom späten 19. Jahrhundert bis in die achtziger Jahre. Dabei wird die bekannte These hinterfragt, dass es in den letzten Jahrzehnten zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit gekommen sei und damit die Grenze zwischen (kommerzieller) industrieller und universitärer Forschung immer mehr verschwimme.

Bürgi kann nachweisen, dass bereits in der Gründerzeit nicht nur die deutsche, sondern auch die schweizerische Chemieindustrie eng mit Professoren zusammenarbeitete, vor allem auch in Hinblick auf die Rekrutierung von Fachleuten. Firmen wie Ciba und Roche nahmen, was bislang wenig bekannt war, schon früh Einfluss auf die Gestaltung von Ausbildungsgängen für Ingenieurchemiker, wobei „Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonvergenzen in bildungspolitischen Fragen ... oft auch quer zur Grenze zwischen Hochschule und Industrie“ verliefen, wie der Autor anhand von Akten aus Universitäts- und Firmenarchiven rekonstruiert.

Aufgezeigt wird auch, wie eng die forschungsorientierte Zusammenarbeit zwischen einzelnen Professoren an der ETH Zürich und den genannten Firmen war. Bürgi betont, dass nicht nur einzelne Akademiker von Industriegeldern profitierten, sondern auch ganze Hochschulinstitute. Diese Forschungskooperationen erlaubten es den an schweizerischen Hochschulen tätigen Chemikern, darunter vier Nobelpreisträger, sich in den lukrativen Dienst eines Pharmaunternehmens zu stel-



Michael Bürgi: „Pharmaforschung im 20. Jahrhundert“. Arbeit an der Grenze zwischen Hochschule und Industrie.

Chronos Verlag, Zürich 2011. 223 S., Abb., geb., 28,- €.

len, ohne ihre akademischen Ambitionen aufgeben zu müssen.

Erst als sich in den späten sechziger Jahren die Nachfrage der pharmazeutischen Industrie nach akademisch ausgebildetem Personal zu den molekularen Biowissenschaften verlagerte, gründeten Schweizer Pharmaunternehmen eigene Forschungsinstitute, die zwar von ihnen

finanziert wurden, ansonsten aber weitgehend akademische Strukturen aufwiesen, was eine gezielt herbeigeführte institutionelle „Entgrenzung von Hochschule und Industrie“ bedeutete.

Als Beispiel nennt Bürgi zwei Forschungsinstitute für biomedizinische Grundlagenforschung, die außerhalb der Universitäten, aber im akademischen Umfeld angesiedelt waren, das Roche Institute of Molecular Biology in New Jersey (1967 gegründet) und das Basler Institut für Immunologie (gegründet 1968). Beide Einrichtungen bildeten Doktoranden aus, und leitende Mitarbeiter übernahmen Lehrverpflichtungen an benachbarten Universitäten. Doch erwies sich diese Lösung nicht als ein Königsweg, die Grenze zwischen industrieller und akademischer Forschung neu zu bestimmen.

Denn Ende der siebziger Jahre entstanden zuerst in den Vereinigten Staaten, dann auch in Europa Biotechnologieunternehmen, die von Akademikern gegründet wurden und es diesen erlaubten, ihre Forschungsergebnisse kommerziell zu verwerten – ohne ihre akademischen Freiheiten deswegen aufgeben zu müssen, aber auch ohne sich einer ganz anderen Struktur, wie der Hierarchie eines Großunternehmens, anpassen zu müssen. Womit die Unterscheidung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung, welche die Wissenschaftspolitik nach wie vor beschäftigt, noch etwas komplexer geworden war. ROBERT JÜTTE

Wer den Dreisatz nicht beherrscht

Zur Feuilletonglosse „Dreisätze“ (F.A.Z. vom 14. Juni): Ethnische Statistiken in Frankreich besagen: „11 Prozent der Einwanderer-Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss, bei den anderen sind es 6 Prozent.“ In der Deutung des Pariser Innenministers Guéant gehen „zwei Drittel der vorzeitigen Schulabrecher auf Kosten der Einwanderer“. Diese Deutung bleibt dem Feuilleton „schleierhaft“.

Vielleicht kann ich helfen: Wenn Einwanderer- und französische Kinder im untersuchten Schulbezirk (mit 50 zu 50) gleich verteilt sind, ergeben im Zahlenmodell 11 Prozent Einwanderer-Abrecher 5,5 Schüler, 6 Prozent französische Abrecher 3 Schüler. Gesamtabbrecher: 8,5. Anteil der Schulabrecher mit „Einwandererhintergrund“: 65 Prozent, annähernd zwei Drittel (5,5 zu 8,5). Quod erat demonstrandum.

Das Abrecherverhältnis von 2 zu 1 (11 zu 6 Prozent) kommt einem aus der jüngeren deutschen Integrationsdebatte irgendwie bekannt vor.

Europäischen Parlaments, soll der Prozentrechnung nicht gewachsen sein.

Spannend wäre es, wenn einer unserer Kabarettisten die Grundrechenfertigkeiten deutscher Politiker prüfen würde. Bei den Atomkraft-Blitzaussteigern könnte er anfangen. Von der Befragung ausgenommen natürlich die Bundeskanzlerin (da Physikerin) und Kanzleraspirant Röttgen (da einer der Volljuristen, die ja bekanntlich alles können).

PETER SCHÖNBERG, MOERS

Kein Wimbledon-Tennis

Zu „Kein Wimbledon – Das wichtigste Turnier im Tennis nur im Bezahl-TV“ (F.A.Z.-Feuilleton vom 22. Juni): Nun auch kein Wimbledon-Tennis im öffentlichen Fernsehen, nachdem schon von der Kernsportart Leichtathletik fast nichts mehr zu sehen ist. Woher sollen Kinder und Jugendliche sich für diese beiden Sportarten, für die eigentlich nur die faszinierenden Fernsehbilder werben, begeistern? Nach dem guten Abschneiden unserer neuen Tennis-Teenieus wurde damit eine Chance vertan. Wofür bezahlen wir eigentlich Fernsehgebühren? Auch das öffentliche Fernsehen trägt eine Verantwortung.

DR. JOACHIM GUNKEL, DANNEWERK